

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 18. Sitzung (19. TA)

des Ausschusses für Soziales,

Gesundheit und Senioren

am Montag, 15.04.2024, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 51373
Leverkusen, 5. OG, Sitzungsraum
Wupper (5.07)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:45 Uhr

Anwesend:

CDU

Liam Bunk

Michaela Di Padova

Tim Feister

Stv. Vorsitzender

Joshua Kraski

Christoph Meyer zu Berstenhorst

SPD

Lena Marie Angermann

Heike Bunde

Laura Rodriguez

Oliver Ruß

Vorsitzender

Regina Sidiropulos

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stefan Baake

Zöhre Demirci

2. stv. Vorsitzende

Dirk Udo Trapphagen

OP

Stephan Adams

AfD

Patrick Ricardo Liese

FDP

Friedrich Busch

DIE LINKE

Keneth Dietrich

Klimaliste Leverkusen

Andreas Hollstein

Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):

Katja Bedra	Behindertenbeirat
Walter Fuchs-Stratmann	Diakonie
Petra Jennen	Arbeiterwohlfahrt
Wolfgang Klein	Caritas
Reiner Mathes	Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Verwaltung:

Alexander Lünenbach	Beigeordneter, Dez. III
Katrin Arndt	Dez. III (Bürger, Umwelt u. Soziales)
Jens Richter	Dez. III (Bürger, Umwelt u. Soziales)
Dr. Mirja Stevens	Medizinischer Dienst (53)
Guido Wielspütz	Soziales (50)
Jaime Salecker	Soziales (50)
Andreas Krötz	Soziales (50)

Schriftführung:

Cornelia Jürgens	Soziales
------------------	----------

Es fehlen:

BÜRGERLISTE

Ralf Peter Müller

Klimaliste Leverkusen

Ingrid Baare

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Dina Elouriaghli

Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):

Dr. Josef Peters	Deutsches Rotes Kreuz
Bernhard Schuster	Behindertenbeirat

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>		<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung	4
2	Niederschriften	4
3	Weihnachten ein Fest für alle: Organisation einer gemeinschaftlichen Weihnachtsfeier in Leverkusen - Antrag der Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Rf. Kronenberg (Einzelvertreterin) vom 15.02.2024 - Nr.: 2024/2725	5
4	Konzept „Stärkung der Gesundheitskompetenz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Sinne des Handlungsfeldes Soziale Gerechtigkeit und zukunftsfähige Gesellschaft“ der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Leverkusen - Nr.: 2024/2750	5
5	Bezahlkarte für Flüchtlinge	6
5.1	Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 06.02.2024 zum Antrag Nr. 2024/2691 - m. erg. Schr. v. 21.02.2024 - Nr.: 2024/2706	6
5.2	Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2024 - m. erg. Schr. v. 21.02.2024 - Nr.: 2024/2691	6
5.3	Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber – Einführung einer Bezahlkarte - Antrag der AfD-Fraktion vom 31.01.2024 - m. erg. Schr. v. 21.02.2024 - Nr.: 2024/2692	6
6	Baumaßnahmen der Gebäudewirtschaft - Sachstandsbericht - Nr.: 2023/2613	6
7	Prüfung einer Entwicklung eines Konzepts zur Einführung eines anonymen Krankenscheins in Leverkusen - Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2024 - Nr.: 2024/2764	7
	Bericht des Dezernenten	7
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 1/2024)	9

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), eröffnet die 18. Sitzung (19. TA) des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Rh. Ruß (SPD) verpflichtet durch Niederschrift Frau Lena Marie Angermann (SPD), ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

Rh. Feister (CDU) rügt, dass auf mehreren Tischen des Sitzungssaals bei Eröffnung der Sitzung Flyer des Flüchtlingsrats zur Kenntnisnahme/Mitnahme ausliegen. Er weist darauf hin, dass dies gegen die Neutralitätsregeln der Sitzungsordnung verstößt. Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD) bestätigt, dass dies eine geordnete und reibungslose Sitzung stört und eine ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung dadurch nicht möglich ist. Künftig sollen deshalb keine Flyer auf den Sitzungstischen ausgelegt werden.

*Redaktioneller Hinweis für künftige Sitzungen des Ausschusses:
Hierzu wird auf § 14 Absatz 1 Satz 1 der Geschäftsordnung des Rates (GeschO) verwiesen:*

„Der Oberbürgermeister übt das Hausrecht aus. Ihm obliegt es, eine geordnete und störungsfreie Sitzung zu ermöglichen.“

Dies in Verbindung mit § 19 Absatz 1 GeschO:

„Auf die Sitzungen der Ausschüsse finden die für die Sitzungen des Rates bestehenden Vorschriften dieser Geschäftsordnung entsprechende Anwendung, soweit nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist.“

Dem Ausschussvorsitzenden obliegt es somit analog, eine mögliche Störung des Sitzungsablaufes durch nonverbale Kommunikation zu unterbinden.

2 Niederschriften

Herr Adams (OP) bittet um Korrektur der Niederschrift der Sitzung vom 22.02.2024 hinsichtlich der Parteizuordnung. Über der Anwesenheit von Herrn Ralf Peter Müller muss ein Schreibfehler von OP in BÜRGERLISTE geändert werden. Die Verwaltung sagt eine Korrektur der Niederschrift zu.

- 3 Weihnachten ein Fest für alle: Organisation einer gemeinschaftlichen Weihnachtsfeier in Leverkusen
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Rf. Kronenberg (Einzelvertreterin) vom 15.02.2024
- Nr.: 2024/2725

Herr Kraski (CDU) erläutert den Antrag und bittet um Unterstützung.

Herr Adams (OP) begrüßt den Antrag, kritisiert aber, dass kein konkreter Vorschlag unterbreitet wurde.

Herr Busch (FDP) begrüßt den Antrag, befürchtet aber, dass dies zu Lasten bereits etablierter Weihnachtsfeiern der freien Träger für alleinstehende Menschen geht.

Die SPD begrüßt den Antrag ebenfalls.

Herr Adams (OP) ist für Ablehnung des Antrags, die Verwaltung soll vorab prüfen, ob eine große Weihnachtsfeier für alle Alleinstehenden in Leverkusen durchgeführt werden kann.

Herr Busch (FDP) erkundigt sich bei den freien Trägern wegen den bereits bestehenden Weihnachtsfeiern. Herr Klein (Caritas) teilt mit, dass es nur eine kleine Weihnachtsfeier für Wohnungslose gibt. Herr Busch (FDP) wiederholt daraufhin, dass bestehende Weihnachtsfeiern nicht tangiert werden sollen.

Frau Di Padova (SPD) ist für eine Zustimmung des Antrags, weil bei einer vorgeschalteten Prüfung der Verwaltung die Zeit zu knapp wird. Man müsste jetzt schon mit der Planung anfangen.

Herr Busch (FDP) schlägt vor, dass der Antrag insofern ergänzt wird, dass bereits bestehende Weihnachtsfeiern von den freien Trägern der Wohlfahrtspflege, der Kirchen und sonstigen caritativen Einrichtungen hiervon nicht tangiert werden.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag mit Ergänzung

dafür: 17 (5 SPD, 5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 AfD,
1 FDP, 1 Klimaliste)

Enth.: 1 (DIE LINKE)

- 4 Konzept „Stärkung der Gesundheitskompetenz von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im Sinne des Handlungsfeldes Soziale Gerechtigkeit und zukunftsfähige Gesellschaft“ der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Leverkusen
- Nr.: 2024/2750

Das Konzept wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

5 Bezahlkarte für Flüchtlinge

- 5.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 06.02.2024 zum Antrag Nr. 2024/2691
- m. erg. Schr. v. 21.02.2024
- Nr.: 2024/2706
- 5.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2024
- m. erg. Schr. v. 21.02.2024
- Nr.: 2024/2691
- 5.3 Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber – Einführung einer Bezahlkarte
- Antrag der AfD-Fraktion vom 31.01.2024
- m. erg. Schr. v. 21.02.2024
- Nr.: 2024/2692

Die Tagesordnungspunkte TOP 5.1 („Bezahlkarte für Flüchtlinge auch in Leverkusen“ - Änderungsantrag Nr. 2024/2706 der FDP-Fraktion vom 06.02.2024 zum Antrag Nr. 2024/2691), TOP 5.2 („Bezahlkarte für Flüchtlinge auch in Leverkusen“ - Antrag Nr. 2024/2691 der CDU-Fraktion vom 31.01.2024) und TOP 5.3 („Sachleistungen statt Geldleistungen für Asylbewerber - Einführung einer Bezahlkarte“ - Antrag Nr. 2024/2692 der AfD-Fraktion vom 31.01.2024) werden gemeinsam beraten.

Rh. Dietrich (Die Linke) ist für eine Abstimmung über die gestellten Anträge. Es entsteht eine kurze kontroverse Diskussion. Letztendlich beantragt Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) mangels konkreter Regelungen/Ausgestaltung des Landes die Vertagung der TOP 5.1 bis 5.3 in den nächsten Turnus.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über den Vertagungsantrag in den nächsten Turnus abstimmen.

dafür: 14 (4 SPD, 5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP)
dagegen: 3 (1 AfD, 1 DIE LINKE, 1 Klimaliste Leverkusen)
Enth.: 1 (SPD)

- 6 Baumaßnahmen der Gebäudewirtschaft
- Sachstandsbericht
- Nr.: 2023/2613

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 17 (5 SPD, 5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 AfD,
1 FDP, 1 DIE LINKE, 1 Klimaliste)
Enth.: 1 (OP)

- 7 Prüfung einer Entwicklung eines Konzepts zur Einführung eines anonymen Krankenscheins in Leverkusen
- Antrag der CDU-Fraktion vom 11.01.2024
- Nr.: 2024/2764

Herr Kraski (CDU) erläutert den Antrag und bittet um Zustimmung.

Frau Angermann (SPD) teilt mit, dass ihr bekannt sei, dass das Kölner Modell bis Ende diesen Jahres befristet ist. Sie wünscht, dass der Prüfauftrag an die Verwaltung insofern ergänzt wird, dass ein Erfahrungsaustausch mit der Stadt Köln erfolgen soll.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist für den Antrag und berichtet, dass im Kölner Modell ein 4-köpfiges Beratungsteam prüft, ob die Klienten ohne aktuellen Krankenschutz möglicherweise doch einen vorrangigen Anspruch auf Krankenschutz bei einer gesetzlichen Krankenversicherung haben. Er geht deshalb davon aus, dass ein begleitender Support durch die Stadt Köln erforderlich ist. Vielleicht besteht sogar die Möglichkeit, die Leistung auf Honorarbasis von der Stadt Köln einzukaufen.

Herr Busch (FDP) erwartet einen unvoreingenommenen Prüfbericht der Verwaltung mit Fakten um entscheiden zu können, ob ein anonymer Krankenschein in der Stadt Leverkusen eingeführt werden soll.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD) lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung prüft, inwiefern ein Konzept zur Einführung eines anonymen Krankenscheins nach dem Vorbild von Köln erarbeitet werden kann. Diese Prüfung beinhaltet eine Prüfung des Personenkreises und der finanziellen Auswirkungen.

Ferner soll ein Austausch mit der Stadt Köln zur bisherigen Umsetzung und eine Berichterstattung hierüber erfolgen.

dafür: 17 (5 SPD, 5 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP,
1 FDP, 1 DIE LINKE, 1 Klimaliste)

Enth.: 1 (AfD)

Bericht des Dezernenten

Herr Beigeordneter Lünenbach informiert über den aktuellen Sachstand zur Arbeit des Beirats für Menschen mit Behinderung:

Im Oktober 2022 wurde der Beirat für Menschen mit Behinderungen nach einer vorübergehenden Pause aufgrund der Corona-Pandemie neu konstitu-

iert. Nach der Neuwahl der Vorsitzenden entschied der Beirat, zwei Arbeitsgruppen ins Leben zu rufen, die sich auf Arbeitsebene vorrangig mit den Themen Barrierefreiheit und Mobilität sowie Öffentlichkeitsarbeit befassen.

Schnell wurden Schlüsselthemen definiert, die von großer Bedeutung für die Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit Behinderung in Leverkusen sind. In dieser Hinsicht entwickelte die Verwaltung eine digitale Karte, auf der öffentlich zugängliche Behindertenparkplätze und -toiletten niederschwellig und unkompliziert für Betroffene einsehbar sind. Diese Karten dienen als nützliche Informationsquelle und Orientierungshilfe.

Parallel dazu arbeiten der Beirat und die Verwaltung an der Einführung eines Gütesiegels für barrierefreie Einrichtungen in Leverkusen. Dazu zählen beispielsweise Verwaltungsgebäude, Sportstätten, Restaurants und kulturelle Einrichtungen. Das übergeordnete Ziel besteht darin, Orte, die barrierefrei und rollstuhlgerecht gebaut sind, für Menschen mit Behinderungen deutlich zu kennzeichnen, die Betreiber auszuzeichnen und sie zur weiteren Verbesserung der Barrierefreiheit zu ermutigen.

Der Bewerbungsablauf für das Siegel befindet sich derzeit in der Entwicklungsphase und wird gegenwärtig von der Verwaltung ausgearbeitet. Gemäß der aktuellen Planung ist vorgesehen, dass erstmalige Bewerbungen für das Siegel voraussichtlich ab Mai digital eingereicht werden können.

Um eine breitere Öffentlichkeit für die Themen und Anliegen behinderter Menschen in Leverkusen darzustellen und das Verständnis für die jeweilige Situation zu fördern ist zudem geplant einen öffentlichen Tag der Inklusion zu veranstalten. Dieser soll am 31.08. in die Fußgängerzone in Wiesdorf stattfinden.

Ferner nimmt Herr Beigeordneter Lünenbach Bezug zur aktuellen Berichterstattung im „Leverkusener Stadtanzeiger“ bzgl. eines laufenden Strafverfahrens wegen Sozialleistungsbetrug, in der der Eindruck erweckt wurde, das Jobcenter (AGL) habe dem Gericht erforderliche Unterlagen nicht zukommen lassen.

Hierzu informiert Herr Beigeordneter Lünenbach das diese Darstellung nicht-zutreffend ist. Das Jobcenter AGL hat die entsprechenden Unterlagen seinerzeit an die Strafverfolgungsbehörden übersandt. Diese sind der Staatsanwaltschaft Köln nachweislich (Eingangsstempel) mit 1.729 Seiten am 19.03.2019 vollumfassend zugegangen.

Im Laufes des Prozesses standen Staatsanwaltschaft und Jobcenter AGL im für den Prozess erforderlichen Austausch. Was von beiden Seiten bestätigt wird. Warum die erforderlichen Unterlagen zu benanntem Zeitpunkt nicht greifbar waren, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht erklärbar.

Um in der Sache konstruktiv voranzukommen, hat das Jobcenter AGL nochmals die aus Sicht der 16. Kammer fehlenden Unterlagen zusammengestellt

und diese heute per Boten dem Gericht erneut zugestellt, mit dem gemeinsamen Ziel beider Behörden den Prozess zum Abschluss zu bringen.

Grundsätzlich ist zu ergänzen, dass dem Jobcenter verschiedene Anfragen der Kammer bzw. Staatsanwaltschaft alleine aus den letzten drei Monaten vorliegen, die allesamt nachweislich von Kolleg*innen des Jobcenters AGL zeitnah beantwortet wurden. Das offensichtliche Missverständnis konnte glücklicherweise ausgeräumt und so hoffentlich ein Diskredit der Leverkusener Behörde behoben werden

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 1/2024)

Keine.

Der Vorsitzende, Rh. Oliver Ruß (SPD), schließt die Sitzung gegen 17:45 Uhr.

gez.

Rh. Oliver Ruß
Vorsitzender

gez.

Cornelia Jürgens
Schriftführerin